

Justizministerin Sporrer entsetzt: JJ's kontroverser Aufruf!

Justizministerin Anna Sporrer äußert sich zu JJ's Song-Contest-Eklat und diskutiert neue Fußfessel-Regelungen für Gefangene.



Innsbruck, Österreich - Die österreichische Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) hat sich im Gespräch mit oe24 entrüstet über die jüngsten Äußerungen des Song-Contest-Siegers JJ gezeigt. Der Musiker hatte den Ausschluss Israels beim Song-Contest gefordert und einen Beitrag über einen Anschlag auf israelische Botschaftsmitarbeiter in Washington geliked. In ihrer Reaktion betonte Sporrer, dass Gewalt immer verurteilt werden müsse und stellte klar, dass es hierbei nicht nur um Politik, sondern um grundlegende Haltung gehe.

Ein weiteres zentrales Thema in Sporrers Interview war die geplante Reform zur Verwendung von Fußfesseln im österreichischen Justizsystem. Diese Maßnahme zielt darauf ab,

die angespannten Bedingungen in den österreichischen Gefängnissen zu entspannen. Ab dem 1. September 2025 soll die Möglichkeit bestehen, eine Fußfessel auch für Personen mit einer Haftstrafe von bis zu 24 Monaten zu beantragen, was eine bedeutende Erhöhung der bisherigen Grenze von zwölf Monaten darstellt. Laut **Puls24** könnte Karl-Heinz Grasser, der kürzlich zu vier Jahren Freiheitsstrafe in der Causa BUWOG verurteilt wurde, von dieser neuen Regelung profitieren.

Reform der Fußfessel und Auswirkungen auf Grasser

Grasser hat bis Ende April zwei Wochen Zeit, um seine Haft in der Justizanstalt Innsbruck anzutreten. Dabei wird geprüft, ob ihm eine Halbstrafe von etwa 22 Monaten oder eine Zwei-Drittel-Strafe von etwa 30 Monaten gewährt wird. Bei einer Halbstrafe könnte er ab dem 1. September 2025 eine Fußfessel beantragen, während er bei einer Zwei-Drittel-Strafe ab Januar 2026 möglicherweise im elektronisch überwachten Hausarrest leben könnte, wie in den Informationen von **oesterreich.gv.at** dargelegt wird.

Die Reform sieht vor, dass Fußfesselträger keinen Alkohol konsumieren dürfen und in privaten Räumen wohnen müssen. Ein Antrag auf elektronisch überwachten Hausarrest kann bereits vor oder während des Vollzugs gestellt werden. Der Antrag wird vom Leiter des zuständigen Gefängnisses entschieden, wobei bereits vorliegende Kriterien wie eine geeignete Unterkunft und eine positive Prognose für die Einhaltung der Auflagen berücksichtigt werden müssen.

Finanzielle Überlegungen und Personalplanung

Darüber hinaus hebt Sporrer hervor, dass es gelungen ist, den Personalstand in der Justiz aufrechtzuerhalten, ohne auf Personalstopp oder -einschnitte zurückzugreifen. Gleichzeitig

wird im Justizministerium die Erhöhung der Gerichtsgebühren für Bürger als Teil einer größeren Sparmaßnahme in Betracht gezogen. Diese Schritte sollen den Haushalt der Justiz reformieren und eine nachhaltige, gerechte Handhabung von Rechtsangelegenheiten sicherstellen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Justizministerin inmitten kontroverser gesellschaftlicher Themen ihre Ziele klar definiert hat, sowohl in Bezug auf die Haltung zu gewaltsamen Äußerungen als auch in der Reform des Fußfesselsystems. Diese Entwicklungen könnten wegweisend für die Zukunft der österreichischen Justiz sein und die Rechte der Verurteilten unter bestimmten Bedingungen erweitern.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Innsbruck, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.puls24.at • www.oesterreich.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at